

Bezugspreis:
Vierteljahr 20.— M., monatlich 7.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10.— M., einjährig 100.—
M., halbjährig 50.— M., unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Sachsen, Preußen, Bayern, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
Beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Konvolutzeilen
kosten 5.50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Zeilenwort 1.20 M. (un-
abhängig vom gedruckten Worte), jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das rechte
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
gehören für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 2.— M. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegung und Nachdruck.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 6, abgegeben werden. Bestimmt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Dienstag, den 15. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Das Steuerkomplott.

Aus den Erfahrungen der längst schon parlamentarisch regierten Staaten wissen wir, daß das parlamentarische Regierungssystem als solches keinen Schutz gegen kräftigste kapitalistische Interessenspolitik gewährt. Die Fälle sind nicht selten, daß im Gegenteil die parlamentarische Regierungsform der herrschenden Kapitalistenklasse erst recht Gelegenheit zur rücksichtslosesten Wahrung ihrer Sonderinteressen auf Kosten des Allgemeinwohls bietet. Die Hemmungen, die der Schein der Parteilosigkeit einer Bureaucratenregierung bei der einseitigen Förderung kapitalistischer Interessen immerhin bereitet, sind ausgeschaltet, wenn die Vertreter kapitalistischer Parteien sich zu einer Regierungsmehrheit vereinigen. Vorübergehend kann das für die Arbeiterbevölkerung üble Folgen haben. Aber nur dann, wenn sie sich nicht eine Vertretung geschaffen hat, die auch eine zahlenmäßig überwiegende Vertretung reiner Kapitalinteressen in Schach zu halten vermag.

Ein lehrreicher Anschauungsunterricht in dieser Frage wird gegenwärtig dem deutschen Volke durch den Steuer- auschuß des Reichstags erteilt.

Im vorigen Jahr ist von der Nationalversammlung in dem durch die Verhältnisse der Vergangenheit bedingten raschen Tempo das Gebäude der direkten Reichs- steuern aufgerichtet worden. Trotz seiner gerechten Grundgedanken weiß das neue Steuersystem, wie es bei der un- vermeidlichen Raschheit der Arbeit kaum anders sein kann, mancherlei Mängel auf, sowohl Konstruktionsmängel wie Mängel der Ausgestaltung im einzelnen.

Zu den Konstruktionsfehlern gehört unter anderem die Heranziehung des Einkommens des vorangegangenen Jahres für die endgültige Steuerleistung im folgenden Jahre, ferner die von uns von Anfang an bekämpfte Ueberbelastung der kleinen Lohn- und Gehaltseinkommen in einer Zeit der rapiden Senkung des Geldwertes und die Ausgestaltung der Körperschaftsteuer zu einer Nebensteuer mit inhaltlich niedrigen Steuerföhen statt zu einer, der Einkommensteuer für die physischen Personen völlig ebenbürtigen, Hauptsteuer.

Den erwähnten Fehler zu beheben und die Ueber- belastung der Lohn- und Gehaltseinkommen ein wenig abzu- schwächen, daneben einige Mängel der näheren Ausgestaltung des Einkommensteuergesetzes abzustellen, war der Zweck der Novelle zum Einkommensteuergesetz, die vor einem Vierteljahr dem Reichstag vorgelegt wurde.

Gleich bei der ersten Beratung dieser Vorlage im Plenum ließ die sozialdemokratische Fraktion keinen Zweifel darüber, daß die vorgesehene Wöderung der Belastung der Lohn- und Gehaltseinkommen nicht ausreichte, daß angesichts der Unmöglichkeit, die nach dem geltenden Gesetz sich ergebenden Steuerreste von den Lohn- und Gehaltsempfängern beizutreiben, ein Nachlaß der Restschuld und eine erträgliche Neugestaltung für die Zukunft erfolgen müsse. Der Reichsfinanz- minister war einsichtig genug, diesen Forderungen sich nicht zu verschließen, und auch die Parteien rechts von uns mußten zugeben, daß die im vorigen Jahr beschlossene Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger einfach nicht mehr ausreicht zu erhalten ist. Der im einzelnen noch der Ausarbeitung bedürftige Vorschlag der Reichsfinanzverwaltung auf Umwandlung des Lohn- und Gehaltsabzugs in eine Lohnsteuer mit einem gleichmäßigen Steuerfuß von 10 Proz. stieß auch bei den Parteien der Mitte und der Rechten nicht auf prinzipiellen Widerspruch. Ein solches „Entgegenkommen“ — und unter diesem Gesichtspunkt betrachteten die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung zu der unerlässlichen Senkung des Tariffs in den unteren Stufen — gewöhren die bürgerlichen Vertreter den Lohn- und Gehaltsempfängern aber nicht umsonst. In wochenlangen Ausschüßdebatten, die sehr scharfe Gegensätze zwischen der Regierung und den Regie- rungsparteien hervorriefen, berieten sie über die Kom- pensationen, die sie herauszuschlagen wollten. Da nicht einmal eine Einigung der Regierungsparteien unter sich zu erzielen war, wurde schließlich eine Pause von einer vollen Woche eingelegt, die den Vertretern der Regierungsparteien dazu diente, im engen Kreis, in dem auch die Beamten des Reichsfinanzministeriums ihre Fachkenntnisse zur Verfügung stellen durften, neue Vorschläge auszuarbeiten. Die außer- halb der Regierungskoalition stehende äußere Rechte war an diesen Verhandlungen nicht unmittelbar beteiligt, wohl aber mittelbar, denn Herr Helfferich hatte dem Unterausschuß der Regierungsparteien seine Ratschläge sehr unzweideutig mit auf den Weg gegeben, und überdies besteht zwischen Helfferich und den „Steuerfachmännern“ der Deutschen Volkspartei die engste Gesellenverwandtschaft.

Die Vorschläge, die der nur aus Vertretern der Regierungs- parteien bestehende Unterausschuß an den Vollausschuß

brachte, versteht man nur, wenn man die Zusammensetzung des Unterausschusses kennt. Es gehörten ihm an für das Zen- trum Abg. ten Hompel, Generaldirektor großer indu- strieller Werke in Westfalen und im Rheinland, für die Deutsche Volkspartei Abg. Dr. Becker, ehemaliger bürgerlicher Finanzminister, jetzt Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke, für die Demokraten Abg. Pohlmann, unter- stützt vom Abg. Reinath, Geschäftsführer des Zentral- verbandes des deutschen Großhandels! Nun braucht man gar nicht der Meinung zu sein, daß diese Herren die Steuerfragen vom Standpunkte des persönlichen Egoismus aus betrachten. Aber niemand kann aus seiner Haut heraus. Und einem im Dienste der Großindustrie oder des Großhandels stehenden Abgeordneten würde es schlecht bekommen, wenn er die Allgemeininteressen den besonderen Interessen seiner Auf- traggeber voranstellen wollte.

Was beantragten nun diese Abgeordneten? Nicht etwa für die großen Einkommen Herabsetzung der Steuerföhe, die ihnen allerdings ein Grauel sind, obgleich sie nur unwesentlich über die in England schon aus den Kriegsjahren her bestehen- den Söhe hinausgehen. Daß alle bürgerlichen Parteien hier am liebsten abhauen würden, gaben sie offen zu, aber dazu scheint ihnen die Zeit noch nicht gekommen. Nein, sie gehen den kleinen, aber ebenso sicher zum Ziel führenden Umweg, den Einkommensbegriff abzuböckeln und auszuhöhlen.

Ihre Vorschläge bezwecken:

1. die Steuerfreiheit der Veräußerungs- und Spekulations- gewinne;
2. die Ausweitung der Vorschriften über die Abschreibungen bis zu einem Maße, das einen völligen Freibrief für Steuerhinter- ziehungen im großen bedeutet;
3. die Berechtigung zum Abzug eines Einkommensbetrags vom Einkommen des folgenden Jahres;
4. die Herabsetzung des Steuerfußes für einmalige Einnahmen (Abfindungen, Lotteriegewinne, Remunerationen, große Honorare, außerordentliche Wödnungen usw.), auch wenn diese Einnahmen sich in die Millionen belaufen, auf 10 (zehn) Prozent;
5. die Herabsetzung des Steuerfußes für Einnahmen aus außer- ordentlichen Wödnungen infolge höherer Gewalt (Wind-, Schnee- bruch, Raupenfraß, Brand usw.), gleichgültig wie hoch diese Ein- nahmen sind, auf 5 (fünf) Prozent;
6. die Berechnung des Betriebsvermögens einschließlich der Ge- bäude, auch wenn es nach seinem vollen Papierwert steuerfrei ab- geschrieben ist, nicht nach diesem Papierwert, auch nicht nach dem in der Steuerpraxis schon reduzierten Wert, sondern nach dem „dauernden gemeinen Wert“. (Ein völlig neuer Begriff, nach dem die Vermögenswerte annähernd zum Goldwert eingestuft werden sollen, wogegen die Steuer natürlich in Papier bezahlt wird.) Dabei sollen die steuerfrei abzuschreibenden Wödkosten für Erschaf- fung völlig unberücksichtigt bleiben.

Von dem Geiste, der die Vorschläge der Regierungsparteien diktiert hat, gibt Zeugnis der folgende Satz aus der schriftlichen Begründung, die ihnen beigegeben wurde:

„Die Vorschrift (über die Feststellung des Betriebsvermögens) geht davon aus, daß grundsätzlich nicht realisierte Ge- winne keinesfalls als Einkommen zu betrachten sind, daß andererseits aber Verluste, auch wenn sie noch nicht realisiert sind, bei Berechnung des landwirtschaftlichen und ge- werblichen Einkommens bereits beröcksichtigt werden sollen.“

Das ist wirklich schon alles Mögliche! Feststehende Ge- winne, die man noch nicht in bar oder in Sachwerten in Händen hat, gelten nicht als Einkommen. Verluste, auch wenn sie noch nicht Wirksamkeit sind, werden dagegen abge- zogen! Selbstverständlich sprach Helfferich den Vertretern der Regierungsparteien für ihre Leistung seine volle Anerkennung aus.

In einer Zeit, in der die Spekulation auf Kosten der deutschen Wöhung üppig in die Halme geschossen ist, in der die wilde Börsenspekulation durch eine viel zu niedrige Stempelsteuer begünstigt wird, in der Veräußerungs- und Spekulationsgewinne zum sinnlosen Luxus- und Verschwender- leben verbraucht werden, will man die Besteuerung der Spe- kulationsgewinne, die in Preußen und anderen Ländern seit Jahrzehnten bestand, aufheben! Man entzieht damit nicht nur der Reichskasse die Einnahme aus diesem Steuer- objekt, sondern fördert auch die Schiebungen und Hinter- ziehungen. Denn sind die Spekulationsgewinne steuerfrei, so wird gar zu leicht Einkommen aus anderen Quellen als solches aus Spekulationen deklarieren werden. Auch gewerbsmäßige Spekulationsgewinne der Banken und anderer Geldinstitute werden in die Form der einmaligen Spekulationsgewinne ge- kleidet und so der Besteuerung entzogen werden.

Den großen Unternehmungen, die nie so ge- waltige Ertrögnisse erzielt haben, wie in den letzten Jahren, will man gestatten, steuerfreie Rücklagen für Erschaf-

beschaffungen in der Höhe zu machen, daß sie daraus die Er- neuerungskosten im vollen Betrage der Gegenwärtigen be- streiten können. Das bedeutet die Zulassung von Abschreibun- gen im voraus auf ein Betriebsinventar, das vielleicht auf einem späteren Zeitpunkt einmal neu beschafft wird, und dessen Preis im voraus niemand weiß. Gestattet soll das sein auch den Gesellschaften, die nicht unter den bis zu 60 Proz. steigenden Steuertarif fallen, sondern nur mit 10 bis 20 Proz. besteuert werden. Auf der anderen Seite aber sollen die aus steuerfreien Mitteln beschafften Gegenstände des Be- triebsvermögens in die Bilanz nur zu einem Bruchteil ihres Anschaffungswertes eingestellt werden.

Das Tollste aber stellen die Vorschläge dar, die sich auf die Besteuerung der einmaligen Einnahmen beziehen. Wird es noch einen Fabrikdirektor, einen Auf- sichtsrat geben, der sich gleichmäßige Jahresbezüge aus- zahlen läßt, wenn er eine Vergütung für eine über mehrere Jahre sich erstreckende Tötigkeit nur mit 10 statt mit 40, 50 oder 60 Proz. versteuern muß? Hat der Großgrund- besitzer noch ein Interesse an regelmäßigen Wald- nungen, wenn er von den Einnahmen aus außer- ordentlichen Wödnungen nur 1/4, 1/2 oder 1/3 der Steuer zu zahlen hat, die auf regelmäßige Wödnungen entfällt? Man bedenke, daß zurzeit kein Besitz solch riesenhafte Erträge ab- wirft, wie der Waldbesitz, und daß die Ergebnisse außerordent- licher Wödnungen unter Ausschaltung der gewaltigen Kapitaldifferenz aus Ausland verkauft werden! Und wie werden sich die Eis-, Schnee- und Windbrüche ausdehnen, wenn die Einnahmen daraus zu sage und schreibe fünf Prozent versteuert werden!

Bei dieser knappen Beleuchtung der Beschüße mag es bewenden.

Allen Ernstes geben nun die bürgerlichen Parteien — von den durch die Deutsche Volkspartei in qualvolle Kon- furrenzzöngnisse verletzten Demokraten bis zu den Deutschnationalen — zu verstehen, daß sie die Neuordnung der Lohn- und Gehaltsbesteuerung nicht dulden wollen, wenn nicht ihre Vorschläge Gesetz werden. Sie mögen es probieren, die Vorlage, die von all ihren Forderungen nichts enthält, zum Scheitern zu bringen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben. Jedemfalls wird unsere Fraktion alle Mittel anwenden, um zu verhindern, daß die im vorigen Jahr aufgebaute, bis jetzt nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern empfundene Einkommensteuer wieder eingerissen wird. Wir wissen, wie unzulänglich die Besitzsteuer bisher durchgeführt wurden. Wir wissen, wie ungeheuer groß der Föhetrag in der Reichskasse noch ist und welche Forderungen die Entente an uns stellt. Wir wissen, daß die bürgerlichen Mehrheitsparteien versuchen werden, jede Million, die an direkten Steuern weniger eingeht, durch Steuern auf den notwendigen Verbrauch der breiten Massen aufzubringen. Der dem Reichstag vor- liegende Gesetzentwurf zur erneuten Verlängerung der Be- stungsbauer der Kohlensteuer erinnert uns daran, wie schwer der deutsche Verbrauch durch diese fopfsteuertartig wirkende Abgabe belastet ist. Eine Erhöhung der ebenso wirk- tenden großen Umsatzsteuer ist angekündigt. Ein Gesetzentwurf zur Verkleinerung der Zuckersteuer liegt dem Reichstag bereits vor. Die Begründung dieses Ent- wurfs beginnt:

„Die Finanzlage des Reichs, die bei den gegebenen Verhältnissen einer näheren Darlegung nicht bedarf, zwingt dazu, zur Deckung des unabweislichen Geldbedarfs der nächsten Zeit neue Einnahmen zu beschaffen.“

So die Regierung. Die Regierungsparteien aber schränken eine bereits erschlossene Einnahmequelle im Widerspruch zu den Vorschlägen der Regierung ein. Zur Ge- nehmigung der erhöhten Zuckersteuer sind sie dagegen bereit. Sie entlasten die Großen und belasten die Kleinen. Sie fragen dabei nichts nach dem Schicksal der Länder und Gemeinden, die auf den Ertrag der Einkommen- steuer angewiesen sind. Jede Aushöhung der Einkommen- steuer führt vom Ablauf der Uebergangszeit ab zur Verminder- ung der Anteile der Länder und Gemeinden. Werden die Landesregierungen dazu schweigen?

Die Regierungsparteien bilden mit der freudigen Unter- stützung der Deutschnationalen die Mehrheit. Aber es wäre ein fundamentaler Vertum, wenn sie daraus folgern wollten, daß sie die Steuererhebung ganz nach ihrem Belieben ge- stalten und alles umstürzen können, was sie im vorigen Jahr mit uns gemeinsam aufgebaut haben. So schwach, wie sie glauben mögen, ist die Sozialdemokratie nicht. Weber immer- halb noch außerhalb des Parlaments. Versuchen sie es, mit Gewalt ihre Pläne durchzusetzen, so seien sie eine Saat, die bittere Früchte tragen wird. Wilhelm Reil.

Die große Lüge.

Schon die Ankündigung des Reichsgesetzes: Verbot der Selbstschußorganisationen, das am Montag im Reichstag verhandelt wurde, hat den Stumpf der bayerischen Mehrheit in Bewegung versetzt. In ihren Münchener Fraktionszimmern wurde, wie uns von dort geschrieben wird, getuschelt und geraunt, und der „schwarze Mann“ aus Regensburg ging im Landtage um. Sein Erscheinen bedeutet immer, daß es gilt einen Ausweg aus einer unhaltbaren Lage zu entdecken. Ist doch niemand in der Auffindung verborgener Schleichwege so erfahren, und so rücksichtslos in der Anwendung dazu geeigneter Mittel wie Dr. Helm. Er hat auch das Rezept geschrieben, mit dem die Mehrheitspresse die Regierung kahr retten will. Es lautet: verwirre und lüge!

Nach diesem Rezept wird zuerst von einem „Ueberfall“ des Reiches auf das ahnungslose Bayern gesprochen, als ob das „Verbot“ eine Art Ausnahmegesetz sei und nicht auch den außerhalb Bayern bestehenden geheimen und nicht geheimen Organisationen gelten würde. Sodann nimmt man die Rose des Geläuschten an. Nun hat aber nach den vom Ministerpräsidenten im Landtage abgegebenen Erklärungen angeblich ein Einverständnis zwischen Bayern und dem Reich insofern existiert, als Bayern zwar die Erhaltung der Einwohnerwehr als eine staatliche „Lebensnotwendigkeit“ betrachte, sich aber den Entschlüssen des Reiches auf dessen Verantwortlichkeit füge. Jetzt, wo das Reich die längst angekündigte Entwaffnung vornehmen will, erheben die kahr-Trabanten ein fürchtbares Geschrei über Vergewaltigung und Undurchführbarkeit der Entwaffnung.

Es rächt sich nun bitter, daß das abgelaufene Entwaffnungsgesetz in Bayern nur ganz unvollkommen durchgeführt wurde. Der Reichsentwaffnungskommissar verschwand überhaupt von der Bildfläche, als ihm die Einwohnerwehren ihre höchst unvollständigen Waffenverzeichnisse ein gereicht hatten. Von den geheimen Waffenlagern, auf die in der sozialdemokratischen Presse oft und deutlich genug hingewiesen war, nahm er überhaupt keine Notiz. Diese Verheimlichung rächen sich jetzt!

Die reaktionären, „demokratischen“, deutschnationalen Einflüsse unterworfenen „Münchener Neuesten Nachrichten“ gaben die Parole aus: Die bayerischen Demokraten müssen sich von der sozialdemokratischen Partei loslösen und verlangen, daß sie nach dem Vorbilde der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei aus der Koalition austritt, wenn die Reichsregierung auf dem „Verbot“ bestehe.

Der frühere fortschrittliche Abgeordnete Müller-Weininger, der im bayerischen Landtag als „Demokrat“ sitzt, ist denn auch glatt auf den Veim getrocknet. Er protestierte im Landtagsgauschuß auf das schärfste gegen das neue Entwaffnungsgesetz, das auch das Turnwesen bedrohe (!), indem die Franzosen einfach alles als militärische Übung ansehen. Der Redner warnte den Reichstag und die Reichsregierung, sich zum Schergen gegen die deutsche Jugendbewegung machen zu lassen.

In Bayern hat sich das bekannte Sprichwort: „Wer einmal lügt usw.“ im umgekehrten Sinne bewährt. Jedermann weiß, daß Bayern und dem Reich nur von den bewaffneten Geheimbänden der Rechtskonservativen Gefahren drohen, aber von ihnen will die Regierung so wenig hören wie ihre gefälligen bayerischen Presseorgane.

Belgische Sozialisten und „Vorwärts“.

Zu den Angriffen, die der „Vorwärts“ in letzter Zeit gegen die belgische Arbeiterpartei und die sozialdemokratischen Minister in Belgien wegen ihrer Haltung zu den Sanktionen gerichtet hat, erfahren die B.P.R. aus führenden Kreisen der belgischen Sozialdemokratie:

Die Berichte der bürgerlichen Telegraphenbureaus, auf die sich der „Vorwärts“ stützt, sind im wesentlichen falsch. Der „Vorwärts“ selbst hat ja den Vorbehalt falscher Information von vornherein gemacht. Die belgische Arbeiterpartei und die sozialistischen Mi-

nister haben sich niemals für die Sanktionen ausgesprochen. Aber gerade die deutsche Mehrheitssozialdemokratie wird leicht begreifen, daß ein Kabinett, in dem die Sozialdemokratie nur die Minderheit der Minister stellt, nicht ein sozialistisches Politbüro treibt. Ebenso ist es klar, daß Belgien unmöglich gegen die Sanktionen Widerstand leisten kann, wenn England sich auf der ganzen Linie mit den Forderungen Frankreichs einverstanden erklärt hat. Die deutschen Sozialdemokraten müssen das Vertrauen zu den belgischen Sozialdemokraten und ihren Ministern haben, daß sie ihre sozialistischen Pflichten niemals vergessen. Gerade in der Frage der Sanktionen können die belgischen Sozialisten das, was sie getan haben, mit gutem Gewissen vertreten. Ohne die belgische Sozialdemokratie wären heute wahrscheinlich nicht bloß Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt, sondern zweifellos das ganze Ruhrgebiet. Die belgische Sozialdemokratie wird auch weiter im Rahmen ihres Einflusses und ihrer Möglichkeiten gegen die Anwendung von Gewalt und für die Völkerverständigung arbeiten. Warum es zur Anwendung der Sanktionen gekommen ist, ist ein weites Feld; mit einigen Sätzen läßt sich diese Frage nicht erledigen. Aber wenn irgend jemand, so trifft die belgische Sozialdemokratie daran nicht der kleinste Teil von Schuld.

Wir geben selbstverständlich unseren Lesern Kenntnis von dieser Erwiderung sofort nach ihrem Erscheinen. Wir handeln hierbei im Gegensatz zu dem Zentralorgan der belgischen Partei, dem Brüsseler „Peuple“, in dem bisher unsere ganz präzisen Vorbemerkungen weder abgedruckt noch beantwortet worden sind.

Einen Vorbehalt haben wir nur bezüglich der Meldung des holländisch Neuwahlbureaus, wonach Vandervelde die Sanktionen ausdrücklich verteidigt habe, gemacht. Aber bezüglich der Gesamthaltung der belgischen Partei bzw. ihrer Vertrauensmänner in der belgischen Koalitionsregierung seit Versailles haben wir keinerlei Vorbehalt gemacht und können es, trotz dieser Erklärung, auch jetzt nicht tun.

Es genügt, die brutalen Tatsachen zu betrachten und die allgemeine Haltung und Schreibweise des Brüsseler „Peuple“, des Zentralorgans der belgischen Partei, zu verfolgen, um zu wissen, daß es sich da weniger um eine Frage des ungenügenden Einflusses der Sozialisten in der Regierung, als um eine Frage des mangelnden sozialistischen Empfindens handelt. Das Lieblingsargument der belgischen Sozialisten, daß sie den Gefühlen des Volkes Rechnung tragen müssen, können wir leider nicht mehr gelten lassen, weil, nach unserer festen Ueberzeugung, der „Peuple“ nichts oder fast nichts tut, um diese Gefühle im sozialistisch-internationalen Sinne zu beeinflussen. Er führt nicht, sondern er läßt sich führen. Am 8. März veröffentlichte der „Peuple“ einen Artikel von Jules Vekem über „Die deutsche Sozialdemokratie“, der sicherlich gar nicht schlecht gemeint war, der aber wie ein Hohn klang: Wir, die deutschen Sozialdemokraten, hätten es in der Hand, wenn wir uns nur zu dem Verständnis unserer Pflichten und zu der Tapferkeit aufraffen, die die uns obliegende Rolle erfordert, die ganze europäische Krise zu lösen!

Nach einem ausführlichen Zitat aus dem „Vorwärts“ über die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse zum Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens, das er durch Worte des Lobes unterstrich, verlangte Vekem von unserer Reichstagsfraktion „männliche Taten“. Wir sollten den Mut haben, endlich mit allem zu brechen, was in Berlin und München die Oligarchie der Südlinge und der Junter zu neuem Leben verhalf. Und hier rief Vekem aus: „Welche rastlose und großartige Schlacht würden wir liefern, wenn wir an ihrer Stelle wären!“

Das schreibt der Führer einer Partei, die, als Ganzes genommen, in den letzten Jahren immer nur Beweise eines kläglichen Kapitulerens vor jedem Nationalismus geliefert hat!

Wir glauben übrigens, daß die belgischen Genossen die Stärke ihrer Stellung im Koalitionskabinett stark unterschätzen und daß sie mit etwas mehr... Selbstbewußtsein die Politik ihres Landes und dadurch sogar die Gesamtpolitik der Entente

ganz anders beeinflussen könnten als dies bisher geschehen ist. Jedenfalls werden sie nicht bestreiten können, daß ihre bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete die Zukunft der Zweiten Internationale auf das schwerste kompromittieren. Auch wir vermögen nicht in einigen Zeilen diesen gesamten Fragenkomplex hier erschöpfend zu behandeln. Wir wollen auch nicht unseren belgischen Genossen jenen Kredit verlagern, um den sie uns erludien. Wir wollen ihnen nicht jenes Unverständnis andrücken, das sie uns gegenüber so viele Jahre hindurch zeigten, mit gleichem Vergeltens. Wir sind vielmehr stets zum Verständnis und zur Verständigung bereit. Aber wir verlangen Gegenseitigkeit. Und wir freuen uns, durch unsere mahnenden Vorbemerkungen die obige Antwort veranlaßt zu haben, die zur Klärung beitragen wird.

Die mecklenburgischen Landtagswahlen.

Schwerin, 14. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ein heute mittag herausgegebenes amtliches Teilergebnis meldet folgendes Ergebnis:

Sozialdemokraten	115 126 Stimmen
Unabhängige	2 358 „
Kommunisten	18 924 „
Demokraten	12 200 „
Deutschnationale	61 507 „
Deutsche Volkspartei	51 885 „
Dorfbund	14 853 „
Wirtschaftspartei	10 007 „

170 Landorte stehen nach aus, aus denen namentlich für die Sozialdemokratie noch ein starker Stimmenzuwachs zu erwarten ist. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, besonders seitens der bürgerlichen Frauen.

Nach dem vorliegenden Ergebnis ist anzunehmen, daß die Sozialdemokratie ihre Stimmengahl, die bei der vorigen Landtagswahl 128 470 betrug, mit dem noch zu erwartenden Stimmenzuwachs ganz oder annähernd behauptet hat. Einen entscheidenden Rückschlag dagegen haben die Deutschnationalen zu verzeichnen, die bei den letzten Wahlen 71 341 Stimmen missterten. Die Deutsche Volkspartei hat etwas zugenommen, der Dorfbund und die Wirtschaftspartei, die bei der letzten Wahl eine gemeinsame Liste aufstellte hatten, dürften trotz ihrer Trennung mit der gleichen Stimmen- und Mandatszahl hervorgekommen. Dagegen haben die Demokraten von 22 203 Stimmen fast 10 000 verloren. Die Stimmenverluste der Deutschnationalen und der Demokraten werden durch die Gewinne der beiden anderen bürgerlichen Parteien nicht aufgewogen. Der bürgerliche Gesamtverlust verbleibt aber das Arbeitsverhältnis nicht, weil ihm auf der anderen Seite der starke Verlust an unabhängigen Stimmen gegenübersteht. Von den 24 576 Stimmen der U.S.V. im Juni 1920 sind nur noch 2958 Stimmen übrig geblieben. Da auf 5000 Stimmen ein Mandat entfällt, wobei Reste über 2500 als voll angesehen werden, ist zurzeit noch fraglich, ob die Unabhängigen überhaupt ein Mandat erlangen werden. Die kommunistischen Stimmen sind zwar von 1178 auf 18 924 gestiegen, aber selbst wenn man ihren Zuwachs von fast 18 000 Stimmen auf das Konto der unabhängigen Spaltung setzt, so bleiben doch nahezu 2000 unabhängige Wähler, deren Stimmen — ähnlich wie in Sachsen und Preußen — spurlos verschwinden und damit für die Arbeiterklasse verloren gegangen sind.

Unter Zugrundelegung des bisherigen Teilergebnisses haben die Sozialdemokraten 23 (bisher 26) Sitze, die Unabhängigen 0 (5), die Kommunisten 8 (6), die Demokraten 2 (4), die Deutschnationalen 12 (14), die Deutsche Volkspartei 10 (10), Dorfbund und Wirtschaftspartei 5 (5) Mandate erhalten. Aus den noch ausstehenden Bezirken dürften sich noch 2 oder 3 Mandate für die Sozialdemokratie, je 1 für die Demokraten und Deutschnationalen, vielleicht auch noch 1 für die Unabhängigen ergeben. Demokraten und Sozialdemokraten zusammen würden danach etwa ebenfalls Mandate haben, wie die Rechtsparteien, zwischen diesen beiden Blöcken würden die Kommunisten den Ausschlag geben, während andererseits zwischen dem Rechtsblock und den sozialistischen Stimmen die Demokraten ausschlaggebend sind.

Ein unbekannter Toter.

Von Hans Bauer.

Nach Blättermeldungen folgt Amerika dem Beispiele Frankreichs und überführt die Gebeine eines seiner (in Frankreich) Gefallenen nach Amerika. Dort werden diese Gebeine mit Zeremonien an irgendeinem feierlichen Orte aufbewahrt werden, und die Handlung wird als Sinnsbild gelten. Der Tote: Man kennt seinen Namen, seine Herkunft, seinen Dienstort nicht: Smith — Kasemater — Pumpudding — aus Philadelphia, Brooklyn, Chicago gehörig General, Offizier, Soldat: es soll alles gleich gelten. Ein unbekannter Luter. Jemandem. In ihm werden alle Smith — Kasemater — Pumpudding, alle Philadelphier, alle New Yorker, alle Chicagoer Einwohner, alle Generäle, Offiziere, Soldaten geehrt. Wer du auch immer warst, wird man sagen, du, unbekannter Toter, warst uns alle in einem, und „alle“ waren tapfer und getreu.

Wie denn? Wer du auch immer warst? Ach nein: das Symbol hat ein Loch. Der Tote darf eben nicht Edward Smith aus Brooklyn, Wallstreet 37, gewesen sein, als er noch lebte. Wästen sie das, überführten sie seine Leibesreste nicht, ehrien sie ihn nicht. Er darf nicht der und dieser, muß irgendeiner gewesen sein. Jemandem, von dem man eben nicht weiß, daß er der Schneiderlehrling Smith aus Brooklyn war. Bist ungern in den Tod gegangen, Schneiderlehrling. Warst ein windiger Gesell, ein Abenteuerer, dem es wahrhaftig nicht darum zu tun war, für große Vorkämpfer zu kämpfen. Bist hart von deinen Vorgesetzten angefaßt worden. Warst auch irgendeiner. Aber nicht im Sinne wie jetzt. Jemandem: im Leben blieb das: Maul halten, stramm stehen, Befehle ausführen, hingehen müssen, wohin man kommandiert wurde: zur Putzreinigung oder zum Offiziersstiefelpuh, zum Hochposten oder zum Sturmangriff. Jemandem sein: jetzt ist das die Vorbereitung zu höchster Ehre. Zu höchster Ehre wessen? Deiner, Schneiderlehrling und Abenteuerer Smith aus Brooklyn? Ach nein, nicht deiner. Von dir will man nichts wissen, hat dich bei Lebzeiten gering geschätzt und würde deine Gebeine an der Sonne bleichen lassen, wüßte man, daß du jener Schneidergeselle warst. Nicht dich also ehrt man. Was denn, man denn?

Den unbekanntem Toten zu ehren, ist ein billiges Unterfangen, das zu nichts verpflichtet. So sinnlos etwa, wie auf einer defekten Straße einen Menschen herauszugreifen, um ihn als die Verkörperung der Welt hinzustellen, ihn mit Ehren zu überhäufen und sich beharrlich der Kenntnisnahme seiner Lebens- und Charaktereigenschaften zu verschließen.

„Mensch“ zu sein, ist an sich so wenig ehrenvoll wie ein unbekannter Toter zu sein.

Es gibt nicht den „Menschen“, sondern nur den und diesen Menschen. Und man wird nicht groß, wenn man auf der Straße als „alle in einem“ herausgegriffen wird, sondern wenn man der bestimmte Mensch Shakespears, Goethes, Kant ist.

Der unbekannt Tote ist nicht die Besingung aller Schneidergesellen und Bläser, Schmiede und Gerüstler der Erde, sondern deren Verneinung. Wenn trotzdem die Ueberführungszereemonie einen Hauch von Größe und Erhabenheit hat, dann nur deswegen, weil in Deutschland noch keine Einfluß und Verfügungsgewalt haben, die selbst dem unbekanntem Toten nur einem Offiziersgrabe entnehmen würden.

Das 8. Konzert des Bezirksbildungsausschusses der S.P.D. hat Mahlersche Werke in einer vom Blüthner-Orchester unter Rörkes Leitung sorgfältig, geistig und stimmlich hochwertig gestalteten Darbietung. Die Vortragsfolge war außerordentlich. Wieder eines fahrenden Gefellen. Lieber aus des Anabens Wunderhorn und die 1. Symphonie: in allen Teilen wird das tiefe Erlebnis des Gesangs, des Volkslieds als triebfähigste Kraft Mahlerschen Schaffens lebendig. Es gibt keinen Komponisten, der das Orchesterlied gleichzeitig so vollständig einfach, so vollständig gefungen und dennoch in bestehenden Instrumentalgewand so leuchtend klar, so genial-notwendig empfunden, erfaßt und geformt hat. Sidney Blden trug sieben Gesänge mit seinem ruhigen, klangvollen, nur in Tenororganen gemungenen Bariton stimmlich schön und stimmungsvoll vor. Wer mit gutem Ohr hörte, der erkannte im dritten Satz der Symphonie gewiß das Lied von den blauen Augen wieder und freute sich, mit dem Thema des zweiten Gefellenliedes „Sieg heute morgen übers Feld“ vollkommen und in gesteigerter Inbrunst den ganzen ersten, freudlich kraftblühenden Satz ausgefüllt zu sehen. Auch ein anderes, hier nicht gesungenes Gefellenlied lebt im dritten Satz wieder auf. Das ist nichts Außerliches. Mahlers geniales Erlebnis ist und bleibt eben das Lied, das in Wehmüt und Liebe geklungen; er trennte sich von dieser Herzensangelegenheit niemals, bis es in dem „Lied von der Erde“ reife sinfonische Gestalt annahm.

Die erste Symphonie hat vor anderen auch noch die melodische Volkskraft und die lebendige Erfahrung des Naturlebens voraus. Lieben und Leiden waren der Urton der Gefellenlieder, in dieser Symphonie, die Mahler einst „Titan“ genannt hatte, bringt das persönliche Erleben bis zum Ueberwinden, bis zum kosmischen Erlebens der Welt, zur Vorstellung des Jchs und zur freudigen Unterwerfung unter Gesetz, Natur, Welt, Licht und Dunkel. So wird der Hymnus des Finales Symbol einer reifen Lebensschau, nachdem drei Sätze von heiterem, melodiösem, widerwilligen Charakter den Weg gezeigt haben. Auch in der Einfachheit der Mittel, in der Vielschichtigkeit und dem Gestaltungsreichtum eines Urmotivos der fallenden Quart, das zuerst als Rudaworski Bedeutung gewinnt und, genial verknüpft, in Klarinetten, Posaunen, Fagotten, Hörnern seine Haltung bewahrt, in der Selbstverständlichkeit aller harmonischen und melodischen Züge bleibt dieses Erstlingswerk eines 23jährigen Wunderkinds eines Genies. Neben dem „Lied von der Erde“, das schönste, was Mahler geschaffen. Ich lasse schon die Aufführung durch die mitgeriffenen Spieler. Um so beklagenerwert ist es, daß man sich feierlich dieses Werk in einem banalsten, mörderisch maskierten Raum (Neue Welt) vorführen mußte. Auch Koffie und Bier trugen nicht zur Förderung höherer Naturerlebnisse in der Kunst bei.

Menzel als Mann von Charakter. Zu einer Veröffentlichung von 50 Zeichnungen, Vollen und Equarellen Menzels, die die Nationalgalerie herausgibt, hat Max Liebermann eine Einleitung beigezeichnet. Die persönlichen Erinnerungen, die er durch diese Zeichnungen charakterisieren die eigenartige Erscheinung Menzels auf trefflichste. Menzel lagte zu Liebermann mit Bezug auf sein epochenmachendes realistisches Gemälde „Gänserupferinnen von 1872: „Ihr Talent haben Sie vom lieben Gott, ich schäme am Künstler nur den Fleiß.“ Damit meinte Menzel, je älter er wurde, immer mehr den Uhmacherfleiß, die mechanische Arbeit, — und Kant setzt das bei jedem Künstler mit Recht voraus: wie er aber mit diesem Funde wuchert, ist sein Werk und hängt von seinem Charakter ab. Während man ein Künstler an zu wenig Charakter leidet, litt Menzel an zu viel Charakter. Statt von seinem Genie sich das Gesetz vorzuschreiben zu lassen, schrieb sein Charakter ihm den Weg vor.

Liebermann nennt es den tragischen Zug in Menzels Entwicklung, daß sein Charakter den freien Flug seiner Phantasie zu festem verlor, daß seine künstlerische Gewissenhaftigkeit die Gebilde seines Genies gleichsam sezerte und somit das Höchste, das Leben seiner Kunst zu nehmen drohte.

Den Grund, daß Menzel, statt seiner Begabung gemäß eine Weltberühmtheit, nur eine nationale Größe wurde, sieht Liebermann in einem Mangel an künstlerisch ausgebildetem Geschmack, an zeitlosem Sinn für große, einfache Verhältnisse. Die Persönlichkeit charakterisiert er abschließend mit folgendem Vorfall: „Menzel hatte mit, der ich von der französischen Regierung zum Juror für die Pariser Weltausstellung von 1889 ernannt war, 16 bis 18 seiner Werke anvertraut, als plötzlich kurz vor der Eröffnung ein Erich Bismarck erschien, der allen Künstlern, die preussische Beamte waren, die Beteiligung unterlag. Und alle damaligen Berühmtheiten besaßen sich, ihre Werke zurückzuziehen. Bis auf Menzel, bei dem ein Ministerialdirektor erschien, um ihm auseinanderzusetzen, daß es sich für ihn als Kanzler des Ordens Pour le mérite nicht ziemt, sich an der Ausstellung zur Jahrhundertfeier der französischen Revolution zu beteiligen. Darauf Menzel: „Ich bin jetzt 73 Jahre, ich habe immer gewirkt, was sich für mich schickte, und ich werde es weiter wissen.“ Sprachs und stellte ruhig aus.“

Ideater. Das Märkische Wandertheater bringt am 14. und 15. März, nachmittags 7½ Uhr, im Theater des Hellen „Maria Stuart“ zur Aufführung. — In der Volkshöhle ist Sophocles „Antigone“ mit Wally Dietrich in der Titelrolle und Carl Stahl-Kachauer als Kreon in Vorbereitung. Begleitet Jürgen Gehling.

Ein Grabde. Abend findet im Festungsmuseum Dienstag zum Gedenken eines Denkmals für den Dichter statt.

Der Rhein im Schraus. Unter Leitung des Prof. Lambke hat die Kulturabteilung der Ufa einen großen belehrenden Film „Der Rhein in seiner geographischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“ in Angriff genommen.

Berlin und Prag. Tschschechische Blätter veröffentlichen mit Genugthuung, daß ein tüchtiger Bühnenkomponist des Berliner Bühnenorchesters dirigiert und eine tschechische Sängerin tschechische Lieder unter großem Beifall gelungen hat. Dazu kommt das „Konzert Landlauer“: Die viel größer wäre aber nach dieser Erfolg, wenn dieselben tschechischen Blätter die Erklärung beifügen hätten, mancher dächte auch in tschechischen Konzerten deutsche Künstler dirigieren und deutsche Sängerinnen singen.

Groß-Berlin Arbeiterschwimmfest.

Dichte Zuschauergruppen umsäumen das Schwimmbecken und auch die Galerie der hängenden Gänge ist von Schaulustigen gefüllt.

Und nun wechseln die Darbietungen: Männer und Frauen, Mädchen und Knaben wetteifern, ihre Fertigkeiten in Brust- und Rückenschwimmen zu zeigen.

Im Schwimmbecken aber tauchen sie inzwischen nach Tellern, die zwanzig an der Zahl, auf dem Boden ruhen. Der erste Taucher kommt herauf: fünfzehn Stück überreicht er dem Starter und Verkaufsdamen für diese Verfüllung.

Tausende ertrinken jährlich in den deutschen Gewässern, die Arbeiter schwimmer zeigen daher, wie man Ertrinkende rettet. Der Retter muß versuchen, sie von hinten zu packen, um die Zuschauer werden darüber bestaunt, daß der Ertrinkende sich unter allen Umständen ruhig verhalten muß.

Den Beschluß macht ein Wasserballspiel, bei dem es heiß hergeht. Der Kampf um den Ball löst oft stürmische Heiterkeit aus. Und noch ein Wunder ist passiert: man hat es fertig gebracht, drei Stunden lang nicht zu rauchen.

Die vorliegende Schilderung bezieht sich auf das Vereins-Schwimmfest der Arbeiter-Schwimmer Berlins, das vorgestern stattfand. Die Resultate finden unsere Leser im Spezialteil.

Der Dynamitanschlag gegen die Siegessäule

hat trotz der umfassenden Nachforschungen der Kriminalpolizei und der Ausschreibung der hohen Belohnung nicht weiter geklärt werden können. Da der Chauffeur, der das retrograde Automobil gefahren hat, sich selbst noch nicht gemeldet hat, so fahndet die Kriminalpolizei auf ihn, hat ihn bisher aber noch nicht ausfindig machen können.

Die Art der Zusammenfassung der Sprengladung läßt erkennen, daß diese zwar nicht von einem Fachmann erfolgt ist, wohl aber von einem Menschen, der es versteht, mit Sprengkörpern umzugehen.

50 000 Mark Belohnung.

Der Polizeipräsident von Berlin hat folgende Bekanntmachung erlassen: Am 13. März, gegen Mittag, ist der Versuch gemacht worden, die Siegessäule im Tiergarten in die Luft zu sprengen. Zur Tat sind 23 große und 8 kleine Gelatine-Dynamit-Patronen, 4 Bombpatronen und circa 8 Kilogramm Nitrokorper verwendet worden.

Sfime Menschenkind.

V. Mütterchen. Von Martin Andersen Nergö.

So war Johannes bald hier, bald da. Er hatte einen raschen Blick, überall sah er einen Ausweg und kam mit Vorschlägen zu Verbesserungen. Lars Peter mußte zuhören; es war, als lautete man alten, vergessenen Melodien.

„Hör' mal, Bruder, weißt du was,“ sagte er, als sie beim Mittagessen saßen. „Du hilfst einem wieder auf die Beine. Hast du nicht Lust, dich hier niederzulassen? Dann bringen wir das Bestiumt instand, wir zwei. Mit dem Umherstreifen ist es doch nichts.“

Johannes schien nicht abgeneigt zu sein — ganz hatte ihn die Landstraße doch wohl nicht in der Gewalt!

Im Laufe des Tages besprachen sie die Sache näher und einigten sich darüber, wie sie es einrichten wollten; wie Brüder wollten sie teilen — die Arbeit und was sie einbrachte. „Über die Schubkarre?“ meinte Lars Peter. „Die müssen wir doch zurückerbringen.“

„Ach, der Teufel soll sie holen,“ sagte Johannes. „Der Mann ist ja übrigens trant.“

„Ja, aber wenn er wieder gesund wird, sieht er da und kann sich sein täglich Brot nicht verdienen; das können wir nicht verantworten. Ich muß morgen an den Strand, eine Fuhre Heringe holen, da fahr' ich nach Hundstedt und seh' sie da ab. Dann ist immer ein Fischer da, der sie mit hinübernehmen kann. — Eigentlich hat' ich mir vorgenommen, den Heringshandel aufzugeben, aber ich hab' mich vor langer Zeit verpflichtet, eine Fuhre abzunehmen, und in diesen Tagen soll der Frang gut sein.“

Um drei Uhr am nächsten Morgen hieft Lars Peter auf dem Hof, bereit, ans Meer zu fahren. Hinten im Wagen stand der merkwürdige Scherenscheiferapparat. Als er abfahren wollte, kam Johannes gesprungen, ungewaschen und

Keine Aufregung!

Wolff meldet gegenüber „Enthüllungen“ des Achtuhrblattes: Es ist weder ein großes Komplott festgestellt worden, noch sind gestern im Laufe des Tages in Berlin umfangreiche Dynamitfunde gemacht worden. Im Verlaufe der Entwaffnungssaktion sind allerdings von der Kriminalpolizei verschiedene Lager von Waffen und auch von Sprengstoffen gefunden worden.

Ein Leser, Sprengfachmann, schreibt uns: Gerne möchte ich zu der Bemerkung, daß die Kriminalpolizei eifrig danach fahndet, wo die Sprengkörper usw. in größerer Menge oder einzeln verkauft worden sind, einige Zeilen schreiben, aber mein Vorhaben verbieten mir gewisse Umstände.

Uns erscheint der Verfasser der Zuschrift, sowie diese selbst so ernst, daß die in Frage kommende Stelle wohl zu den darin enthaltenen Anklagen sich äußern muß.

Zu den Bestechungen bei der Verkehrsstelle

wird noch berichtet, daß die Kriminalpolizei mit der weiteren Aufklärung des Falles Lambek beschäftigt ist. Man neigt der Ansicht zu, daß die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen wird. Im Interesse der Untersuchung liegt es, daß alle Personen, die in ähnlicher Weise zu Bestechen veranlaßt worden sind, sich bei dem die Sache bearbeitenden Kriminalkommissar Leptmeyer melden.

Deckung für die neuen Lohnerhöhungen.

Der zur Vorbereitung über die Deckung der Löhne, Bezüge und Teuerungszulagen für die Arbeiter, Hilfskräfte und Beamten eingeleitete Stadtkommunalrat hat gestern mit sieben gegen fünf Stimmen der Magistratsvorlage zugestimmt.

mit trüben Augen; er hatte gerade Zeit gehabt, die Mühe aufzuheben und ein Tuch um den Hals zu binden. „Ach den! ich sohr' mit!“ sagte er mit rauher Morgenstimme.

Lars Peter sah eine Weile da und überlegte — die Sache kam ihm überraschend. „Na ja, wie du überlist,“ sagte er dann und machte Platz. Er hatte eigentlich damit gerechnet, daß der Bruder heute mit dem Ziehen der Gräben beginnen würde, die Gegend hatte so wenig Wasser.

„Es wird Spaß machen, ein bißchen herauszukommen!“ Johannes kletterte auf den Wagen hinauf.

„Na — war er denn nicht eben erst zur Tür hereingekommen? „Willst du so in der Jacke gehn?“ fragte Lars Peter. „Du kannst einen alten Mantel von mir leihen.“

„Ach, Unsinn — ich schlag' den Kragen um die Ohren.“ Die Sonne war gerade im Begriff aufzugehen, weißer Dunst lag längs der Ufer des Sees wie ein Schleier über dem Schiff. In den Spinnweben des Wiefenlandes fingen Millionen Tautropfen die ersten Sonnenstrahlen ein und bligten wie Diamanten.

Lars Peter sah das alles, und vielleicht beeinflusste es seine Stimmung; jedenfalls fand er heute, daß das Elsternest ein schönes und gutes kleines Bestiumt war, und daß es schade wäre, es zu verlassen. Er hatte jetzt alles Mer seine Verwandtschaft und Heimat erfahren und gehört, wie es jedem einzelnen in den verflochtenen Jahren ergangen war; damit war sein Heimweh befriedigt; Drang, in die Heimat überzu- sie' ihn, verspürte er nicht mehr. „Sei froh, daß du weit weg von allem bist!“ hatte Johannes gesagt, und er gab ihm recht — es hatte keinen Sinn, wegzuziehen und den Wohnort zu wechseln, um in Hader, Reid und Familiengezanke hineinzukommen. Wozu sollte man überhaupt wegziehen! Statt dem Glück nachzujagen wie ein Tor, sollte man danach trachten, es da festzuhalten, wo man nun einmal sein Heim hatte!

Lars Peter verstand nicht recht, wie es um ihn bestellt war — er sah heute alles mit neuen Augen an. Es war, als wären sie im Lauf der Nacht mit irgendeiner Wundersalbe behandelt worden, selbst der magere Boden des Elsternestes sah schön und verheißungsvoll aus. Ein neuer Tag war über ihn und seinem Heim aufgegangen.

„Es ist doch ein großartiger Morgen,“ sagte er zu Johannes.

Dieser antwortete nicht. Er hatte die Mühe über die

März. Es sind noch für das laufende Rechnungsjahr fünfzig Millionen zu beden. In der Aussprache wurde betont, daß durch Vereinheitlichung der Werke und Reform der Werkverwaltung, namentlich der Gaswerke, große Ersparnisse gemacht werden könnten. Von Oberbürgermeister Vöhl wurde dies anerkannt, aber hinzugefügt, daß bis zur Durchführung der dahingehenden Entwürfe, die übrigens noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, noch einige Zeit vergehen könne. Verbesserungen im einzelnen wären eher durchzuführen. Der Ausschuß war sich in seiner Mehrheit auch klar darüber, daß bei einer Erhöhung der Frachten, die am 1. April kommen solle, eine weitere Tarifserhöhung nicht umgangen werden könne, daß aber zunächst dem Magistratsantrag zugestimmt werden müsse.

Ein Kindesmord!

Einen schauerlichen Fund machten am Montag zwei Kinder, die in der Pflanzener Gasse in der Nähe des Königsdamms spielten. Sie fanden in der Nähe des Siedenhauses eine in Papier eingeschlagene, durch Säure scharflich zugerichtete Kindesleiche, die dann von der Sicherheitspolizei beschlagnahmt wurde.

Verbrechen mit Süßstoff-Fläschchen.

In einer Färberei in Komadow erschien ein gutgekleideter Herr und ließ sich von der Verkäuferin Farbmuster vorlegen. Er sprach ihr bei schneller Erledigung seines Auftrages ein Fläschchen köstliches Wasser. Der Herr zog ein Fläschchen hervor und sagte scherzend: „Nehmen Sie mal!“ Dies tat die Verkäuferin und wurde sofort ohnmächtig. In demselben Moment raubte der Fremde die Kasse aus. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Ein Verband der freiwilligen Feuerwehren Berlins wurde am Sonntag in Treptow gegründet.

Branddirektor Tiedl-Brig eröffnete die städtische Versammlung mit einer längeren Ansprache, wobei er betonte, daß neue Aufgaben bevorständen, ein gutes Einvernehmen mit der Berliner Berufsfeuerwehr erforderlich sei und daß man eine größere Anerkennung der Leistungen verlangen könne. Verbesserungen, besonders in der Ausrüstung, seien erwünscht, die Einrichtung von ständig besetzten Wachen der Berufswehr dagegen in der Reichsbildzone nicht notwendig. Die anwesenden Vertreter stimmten diesen Ausführungen zu, genehmigten die vorgelagerten neuen Satzungen mit einigen Änderungen, setzten den ersten jährlichen Beitrag pro Kopf auf 2 M. fest und wählten einen Vorstand, bestehend aus 14 Bezirksbrandmeistern. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig, nachdem Branddirektor Tiedl gebeten hatte, von seiner Wahl Abstand zu nehmen, Brandmeister Stappusch-Johannistal gewählt, zum Stellvertreter Brandinspektor Groß-Lichtenberg.

Zu dem tödlichen Unfall einer Koderin, worüber wir in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ berichteten, teilen uns Genossen der 57. Abteilung mit, daß die Verunglückte eine rührige Genossin in unserer Partei war.

Koch bei den letzten Wahlen hat die Genossin Stubenrauch sich mit ihrem Rad, trotzdem sie bereits 70 Jahre alt war, reger an der Wahlarbeit beteiligt. Auch sonst gehörte sie zu den fleißigen Besuchern der Frauenlese- und Jodelabende. Die 57. Abteilung wird der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Genossin ein ehrendes Andenken bewahren. Der Tag ihrer Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Der Bund der Arbeitermusikvereine veranstaltete am Sonntag in der Brauerei Königsplatz eine Matinee. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Das reichhaltige Programm fand großen Beifall. Das Spiel, besonders der Mandolinenspieler, war rühmend zu akzentuieren. Die Vorführungen der Bläsergruppen kommen in solchen Sälen leider nicht recht zur Geltung. Der Schall kann sich nicht ausbreiten, er wird von den Wänden zurückgeworfen, so daß trotz guten Spiels manches verloren geht. Es würde sich empfehlen, künstlichen den Bläsergruppen in der warmen Jahreszeit in Gartenkonzerten Gelegenheit zum Zeigen ihrer Kunst zu geben. Diese Veranstaltungen würden erheblich gewinnen, wenn während der wenigen Stunden das Rauchen eingestellt würde. Der Saal war von Tabakdampf erfüllt, so daß man das Orchester nur undeutlich sehen konnte.

Und noch eins: Auf die als Einlage gespielte Marschmusik folgte echt preussische Militärmusik. Sollte das Anschauungsunterricht sein?

Die Mitgliedererfassung. Am Dienstag, den 15. d. M., werden die 1/2- und 1/4-Mitarbeiterlisten voll besetzt. Am Mittwoch, den 16. d. M., erhalten die 1/2-Mitarbeiterlisten keine Milch, die 1/4-Mitarbeiterlisten werden voll besetzt. Am Donnerstag, den 17. d. M., werden die 1/2- und 1/4-Mitarbeiterlisten wieder voll besetzt. Die übrige Vervollständigung bleibt wie bisher.

Augen gezogen und sich zum Schlafen zurechtgesetzt. Er sah nicht danach aus, als hätte er es sonderlich gut mit sich selber gemeint! In den Mundwinkel sah ein herber Zug, der wohl vom Zehen herstammten konnte. Sonderbar, wie sehr er der Mutter glich! Lars Peter nahm sich vor, ihn im Auge zu behalten.

7. Der Wurstschlächter.

Die Ackerwirtschaft des Elsternestes blühte für diesmal nicht neu auf; es wurde verhängnisvoll für sie, daß Johannes, statt seinen Spaten zu nehmen und Gräben zu ziehen, Lust bekam, die Heringsfahrt des Bruders mitzumachen. Auf einem der Höfe, auf dem sie einkehrten und Heringe veräußerten, lag vor der Stalltür ein totgeborenes Kalb; Johannes bemerkte es sofort. Mit einem Satz war er vom Wagen her- und neben ihm.

„Was macht ihr damit?“ fragte er und drehte das Kalb mit dem Fuße um.

„Wir vergraben es, versteht sich,“ erwiderte der Knecht.

„Verkaufen die Leute hier in dieser Gegend ihr totes Vieh nicht?“ fragte Johannes, als sie wieder auf dem Wagen saßen.

„Gott weiß, an wen sie es verkaufen sollten,“ erwiderte Lars Peter.

„Dann seid ihr, Gott steh mir bei, sehr weit zurück. Weißt du was, ich hätte Lust, mich hier als Viehhändler niederzulassen.“

„Und vielleicht Vieh aufzukaufen, das krepirt ist?“ Lars Peter lachte.

„Das nicht gerade. So einfältig ist das übrigens gar nicht. Der Alte zu Hause hat oft zehn bis fünfzehn Kronen mit so einem Kalb erzielt.“

„Ich dachte, wir würden mein Stück Land richtig in Bearbeitung nehmen,“ sagte Lars Peter.

„Das wollen wir auch, aber dazu ist Geld nötig! Der Handel, den du getrieben hast, hat dir nur Zeit weggenommen, dabei hast du die Dünge zu Hause vernachlässigt. Aber sieh mal, mit dem Viehhandel ist's etwas ganz anderes. Dabei kann man gut einen Knecht im Tagelohn haben, wenn man Glück hat. Wenn ich bloß einmal in der Woche ausfahre, will ich dir versprechen, daß dabei genug zum Leben für uns herauskommt. Und dann haben wir ja die ganze übrige Woche, wo wir das Land bestellen können.“ (Fortf. folgt.)

Die Karpathentragedie vor Gericht.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte Hiller weiter, daß das Anbinden an dem Baum nur in den Widrigkeiten, in denen es damals ziemlich warm war, vollstreckt worden sei. Das erstmal habe er Helmhake an den Baum binden lassen, weil dieser beim Lebensmittelpfang einen ganzen Kufe gestohlen habe, das zweitemal, weil er unerlaubt dem Gewehrreinen ferngeblieben sei. Beim zweitemal habe Helmhake sich dann resisten benommen und habe den vorbeikomenden Bataillonskommandeur beschimpft, der ihn darauf abführen und in ein Erdloch einsperren ließ. Damit, so erklärt der Angeklagte, sei Helmhake der Sorge der Kompanie entzogen und unter die Aufsicht und Verpflegung des Bataillons gestellt worden. — Vors.: Sie sollen nur den Helmhake, als er aus diesem Erdloch einmal zum Ausstreiten geführt wurde, beschimpft haben mit Worten wie „Mistvieh“, „Nas“ und dergl. und sollen ihn ins Kreuz getreten haben. — Angekl.: Das bestreite ich ganz entschieden. Mit Helmhake fertig zu werden, war nicht leicht. Er weigerte sich anfangs, sein Gewehr zu tragen, da er angeblich für die Mault ausgearbeitet war. Ich habe auch keinen Befehl gegeben, ihm die Nahrungsmittel zu entziehen. Der Gesundheitszustand seiner Leute habe sich infolge der geringen Ernährung und der mangelhaften Bekleidung immer mehr verschlechtert. Vielfach hätten die Mannschaften auf alle mögliche Art und Weise versucht, durch absichtliche Vernachlässigung und Selbstverflümmelung von der Kompanie wegzukommen. Ruhr und Cholera herrschten damals gleichfalls infolge des Genusses von Leichenwasser. Die Leute seien noch am Morgen frisch und munter gewesen und am Abend hätten sie plötzlich. Mehr als 50 Proz. der Kompanie hätten sich damals krank im Revier befunden. — Staatsanw. Dr. Sauer: Haben Sie vielleicht einmal eine Versicherung getan, bei Ihnen gebe es keine Kranken, sondern nur Verwundete und Tote? — Angekl.: Es ist möglich, daß ich etwas derartiges gesagt habe, als einmal vor dem Abbrücken in die Stellung sich ein zu großer Teil der Kompanie krank meldete. Hierauf wurde in die

gefehter ihm sagte: „Mensch, wollen Sie wohl zurück; Ihr Schädel ist ja zerplittert!“ — Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt hierauf Dr. Müller, Assistenzarzt bei der 12. Kompanie, er habe die Verwundeten nicht vorher auf ihren Gesundheitszustand untersucht, da das damals nicht üblich gewesen sei. — Staatsanw. Dr. Sauer: Hat der Angeklagte seinen Beuten gegenüber rohe Ausdrücke gebraucht? — Zeuge: Nur solche, wie sie auf dem Kasernenhof üblich waren. (Heiterkeit, die der Vorsitzende energisch rügt.)

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kam es dann bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des Bureaudieners Berlin. Der Zeuge schildert sehr ausführlich, er habe beobachtet, daß Hiller den an den Baum gebundenen Helmhake geohrfeigt und später, als Helmhake von Krankenpflegern aus seinem Erdloch herausgezogen wurde, in das Gefäß getreten habe. Er, der Zeuge, habe vor dem Erdloch, in dem Helmhake gefangen saß, Posten gestanden und dem im Fleber wimmernden Helmhake

Schneewasser zu trinken

gegeben, obwohl der Gruppenführer Kuhn am Tage vorher den Beuten seiner Gruppe ausdrücklich verboten habe, den Gefangenen „etwas zu fressen oder zu saufen“ zu geben. — Der Vorsitzende stellt fest, daß der Zeuge wegen Erpressung zu 4 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde und daß er erst am 18. März zur 12. Kompanie kam, während Helmhake bereits am 12. März an den Baum gebunden wurde. Es ist mir also unverständlich, wie der Zeuge, der doch erst viel später gekommen ist, die Angaben über die Mißhandlung Helmhakes am Baum so präzise machen will. Warum, Herr Zeuge, haben Sie denn dem Angeklagten nicht von der Erkrankung Helmhakes Meldung gemacht? — Zeuge Berlin: Hiller mußte ja selbst sehr genau, wie krank Helmhake war. Ich als gemeiner Krüßler konnte diesem Kompanieführer keine Meldung machen, ohne befürchten zu müssen, daß er mich selbst an einen Baum binde. — Rechtsanw. Hirschfeld: Herr Zeuge, haben Sie damals, als nach Ihrer Ansicht der Angeklagte den Helmhake am Baum ohrfeigte, vielleicht den Major Köhler oder den Unteroffizier Frank in der Nähe gesehen? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Hirschfeld: In diesem Punkt steht sich der Zeuge in Widerspruch zu allen anderen Zeugen.

Dann wurde der Zeuge Dichterfeld vernommen. Der Zeuge hat ebenfalls gehört, daß Kuhn den Beuten der Korporalschaft verboten, Helmhake Essen oder Trinken zu verabfolgen. Dagegen erklärte der Zeuge, er habe nicht gesehen, daß Helmhake von Hiller geschlagen oder gestoßen worden sei. — Der nächste Zeuge, Maurer Sebastian Kaiser, der damals als Defektor in demselben Erdloch, in dem Helmhake sich befand, gefangen gehalten wurde, bekunde, daß Hiller sich eines Tages den Helmhake vorführen ließ und als dieser infolge übergrößer Schwäche vor seinem Kompanieführer keine militärische Haltung einnehmen konnte, ihn anriefe:

„Du Schwein, bist Du noch nicht verrotzt? Schlagt das Schwein tot!“

Dann habe der Angeklagte dem Helmhake einen Fußtritt versetzt. In den drei, vier Tagen, die er mit Helmhake in dem Erdloch zusammen war, so bekunde der Zeuge, habe er von der Kompanie

kein Essen bekommen. Nur heimlich sei ihm ab und zu von seinen Kameraden etwas zugefickt worden. Im übrigen bestreitet der Zeuge die Angaben des Rechtsanwalts Dr. Hirschfeld, er (der Zeuge) sei im Felde zweimal defektiert.

Der Zeuge Bollberg, ein früherer Unteroffizier aus der Kompanie des Angeklagten, will gesehen haben, wie Hiller den an einen Baum angebundenen Helmhake geschlagen oder gestochen habe. Ueberhaupt sei Schlägen und Stößen bei Hiller an der Tagesordnung gewesen. Des weiteren bekunde der Zeuge, daß er von dem Befehl gehört habe, wonach Helmhake in seinem Erdloch kein Essen bekommen dürfe. Nach dessen Tode habe das der Kompanieschneider Knäbler im Unterland des Kompanieführers zufällig mitangehört, wie Hiller zu dem Bataillonssarzt Dr. Müller geäußert habe: „Wir müssen die Sache so beschaffen, daß uns keiner an den Wagen fahren kann.“ — Zeuge Dr. Müller: Es ist möglich, daß eine derartige Äußerung gefallen ist, aber Oberleutnant Hiller würde wohl nicht sagen, man müsse sich vorsehen, daß der Fall nicht von irgendeiner Seite ausgebeutet würde. — Angekl.: Ich sollte auch auf Befehl des Bataillons über den Tod des Helmhake einen Bericht einreichen, da das Bataillon mit der Möglichkeit rechnete, daß Kaiser die ganze Sache entstellen und aufbauen würde. Von einer Äußerung, wie sie der Zeuge Bollberg schildert, kann aber keine Rede sein. — Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge Bollberg dann weiter, Hiller habe viel mit einem Stock oder mit einem Spaten geschlagen. Ausdrücke wie „Sau“, „Schwein“, „Nas“ seien bei ihm an der Tagesordnung gewesen. Außerdem habe er viel getrunken. — Rechtsanw. Dr. Hirschfeld hält dem Zeugen darauf vor, daß er bei einer Vernehmung, durch den Rechtsanw. Dr. Feder erklärt habe, er könne das schreckliche Bild des mißhandelten Helmhake nie wieder los werden, während er bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht ausgesagt habe, er könne sich nicht erinnern, Mißhandlungen gesehen zu haben. Die Verteidigung, so erklärt Dr. Hirschfeld, wird feststellen, daß Aussagen, die Herrn Dr. Feder nicht in den Rahmen paßten, einfach fortgelassen wurden.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Club-Berlin, Ostfriedrichstr. 10, In den Jäten 11. **Modell:** Weidenfeld, 11. Zimmer 12, Tischlereiabend: „Worum wir wandern.“ — **Deutscher Jugendklub:** Ancken-Bühlstraße (Zentralklub), Schulstraße 131, Eingang Neue Schönhauser Str. 12, Vortrag: „Eine Einkehr im Steinbohlenbergwerk.“ — **Schöneberg:** Jugendklub Anckenstr., 10. Hauptstr. Vortrag: „Roman der Dandyls.“ — **Steglitz:** Jugendklub Gartenstraße, 10. Vortrag: „Die Jugend.“ — **Charlottenburg:** Jugendklub im Gemeindefaule Wilhelmstr. 10. Vortrag: „Die Jugend.“ — **Westend:** Jugendklub im Boelckersweg 1, 1. Vortrag: „Die Jugend.“ — **Arbeiter-Jugend Club, 11.** (Schluß des redaktionellen Teils.)

Limanol vorzüglich bei rheumatischen Erkrankungen
Zu haben in den Apotheken

Beweisaufnahme
eingetreten und als erster Zeuge der frühere Leutnant Schmidt vom Gardefüsilierregiment vernommen. Er kam im allgemeinen über den Angeklagten nichts auszusagen. Seiner, des Zeugen, Ansicht nach habe Hiller hauptsächlich unter dem Einfluß des Fiebers gestanden, er habe jeden Morgen 38 bis 39 Grad Körpertemperatur gehabt. Ein einziges Mal habe Hiller einen schlafenden Posten mit einem Schloße gemerkt. Zum Schluß erklärte der Zeuge, daß ihm von einem Befehl nichts bekannt war, wonach die Mannschaften vor dem Anbinden an dem Baum ärztlich untersucht werden mußten. Auch in anderen Kompanien habe eine derartige Untersuchung nicht stattgefunden.
Auf Anfrage des Generaloberarztes Dr. Wagner erklärt der Angeklagte, daß seine Kopferletzungen infolge der langwierigen Transporte mehrmals einer starken Verzitterung ausgelegt waren. — Rechtsanw. Dr. Hirschfeld: Anlässlich einer zweiten Kopferletzung ist der Angeklagte im Feuer geblieben, bis ein Vor-

Kaufen Sie
Dixin
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

HALPAUS RARITAT
Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette

Soennecken Eilfedern
Für schnelles Drehen
F. Soennecken & Sohn
Berlin W. 3, Tauentzienstr. 10/11

Eugen Schwuchow
in 61. Lebensjahre.
Wir werden dem bewährten Kollegen ein ehrendes Gedächtnis widmen.
Die Kollegen
der Firma H. H. H. & Co.
Die Gedenkfeier erfolgt am Freitag, den 18. März, nach 4 Uhr, im Krematorium in Wannsee, Friedhof.

Unreines Blut
und dessen Folgeerscheinungen wie Hautjucken, Hautkrankheiten, etc. Art, Gesichtspickel werden beseitigt durch Anwendung einer Frühlingskur mit
Dr. Hoffbauer's ges. gesch. Arsen-Lecithin-Pillen
100 Stck. 15 Mk., Kurpackung 60 u. 30 Mk.
— Ausführliche Literatur gratis! —
Elefanten-Apotheke, Berlin SW.
Leipziger Str. 4 (Dönhofspl.)
Fernspr. 21. 112

Spezialbehandlung
Zähne 4 Mk. 3.— Zahnziehen im Einspr. höchst schmerzlos und Umverb. schlechteste Gebisse. Rep. 50f. Zahnräder Wolf. Potsdamer Str. 33. Hochb. Sprecht. 9-7.

Spezial-Arzt
Dr. A. Löser sen.
Nur Rosenthalerstr. 69-70

Ordentliche Ausgabestiftung
für, mit folgender
Zusatzordnung:
1. Bestehen des letzten Protokolls.
2. Annahme der Jahresrechnung für das Jahr 1920.
3. Beratung und Beschlußfassung über die Aufstellung der Ordentlichen Ausgaben und die Einberufung der Ordentlichen Versammlungen der Mitglieder der Berliner-Eilfedern-Fabrik.
4. Beratung und Beschlußfassung über die Zahlung der Rückstellungen für das Jahr 1920.
5. Einberufung der Ordentlichen Versammlung der Mitglieder der Berliner-Eilfedern-Fabrik.
Berlin-Eilfedern-Fabrik, den 12. März 1921.
Der Vorstand, 14/5
Otto Gebert, Vorsitzender.

Kinder-Geld-Lotterie
7101 Gewinne aus Mark
166665
60000
30000
Los 20 3 Mk. 60. Porto und Lotter. 1 Mk.
N. C. Kröger
Berlin W. 3, Friedrichstr. 102/103
an der Leipziger Str.

Spezialarzt
Dr. med. COLEMAN
Friedrichstr. 91-92, Bahnhofsplatz, 1. Stock, 1. Zimmer.
Spezielle Neurologie.
10-12, 5-8 Sonnt. 10-12

Kaue Kapitan Autabak
Zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften.
General-Vertrieb:
C. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 22
(Kgl. 2861)

Pianos
gezeichnete neue, Kusanoch
Stein Klänge Ge-
genstände.
Pianohaus Neufindt
Alexanderstr. 37
an der Ecke Dönhofsplatz

Rute 35 M. an!
In Rom, direkt vom Kaiser.
Verkauft Sonntag, Montag,
Dienstag, am Bahnhof.
Kaiser, Berlin, Unterstr. 5.

Metalbetten
Sind drinnen, außen, in jeder
Höhe, in jeder Breite, in jeder
Farbe, in jeder Form.
Sind in jeder
Höhe, in jeder Breite, in jeder
Farbe, in jeder Form.

Münzstr. 24 Erste Etage
BERLOWITZ
Münzstr. 24 Erste Etage
Herrenstiefel Goodyear Welt 139,-

Nochmals Prinz Friedrich Leopold.

Wir werden um Abdruck der nachstehenden Erklärung gebeten, die mir — aus Pommern — etwas vorläufig wiedergeben: Zu der Ungelegenheit des Prinzen Friedrich Leopold hat der Beamtenausschuß Gienitz nach sorgfältiger Prüfung folgendes zu erklären:

Die besonders vom „Berliner Tageblatt“ als anrüchlich darstellte Gesellschaft zur Verwaltung des prinzipalen Vermögens war die einzige Möglichkeit, um die völlig verfallene prinzipale Vermögensverwaltung, welche durch jahrelange Raubbau aus schwerer Geldnotlage in eine reorganisieren. Es ist festzustellen, daß der Plan zu dieser Gesellschaftsänderung von der Umwandlung des Prinzen Friedrich Leopold, höchstwahrscheinlich von dem jüngsten Sohn des Prinzen, auszugehen ist. Der Prinz selber ließ sich schließlich davon überzeugen, daß dies der einzige Weg zur Ordnung seiner Finanzen sei und ermächtigte einen angesehenen Schweizer Geschäftsmann, die nötigen Verhandlungen zur Durchführung des Planes, insbesondere mit der Deutschen Bank, aufzunehmen. Also gerade der Prinz selbst war es, der die Sache ins Rollen brachte. Der Prinz verlor sich ausdrücklich, daß dieses Projekt von seinem Generalbevollmächtigten, Justizrat Dubjanski, dessen Beziehungen zu dem sonst nicht gerade fürstlichen „Berliner Tageblatt“ sohin bekannt sind, und auf den die Pflicht der Prinzen in die Öffentlichkeit zurückzuführen ist, unbedingt geheimgehalten werden sollte. Der Versuch, dieses Projekt als phantastisch und zweifelhaft hinzustellen, dürfte schon durch die Besetzung der Deutschen Bank entkräftigt sein. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß gerade diejenigen Personen, welche einzig und allein einen Einfluß in das Vermögen des Prinzen hatten, nämlich sein Güterdirektor Ortael und Hofrat Escherich, diesen Vor für den einzig möglichen hielten. Denn damit wäre endlich die Möglichkeit geschaffen worden, das große prinzipale Vermögen rationell zu bewirtschaften und der Verschwendung des Vermögens, besonders durch den jüngsten Sohn des Prinzen Einhalt zu gebieten.

Die ganze Aktion hatte also noch Ansehen aller Beteiligten nur den Zweck, dem Prinzen sein Vermögen zu erhalten, da er allein infolge seiner unglücklichen krankhaften Veranlagung nicht in der Lage war, Ordnung zu schaffen, und da auch sein Generalbevollmächtigter, Justizrat Dubjanski, weder weiß noch in der Lage war, dies zu tun, wobei noch zu bemerken ist, daß die Tätigkeit des Herrn Justizrat Dubjanski in wichtigen Punkten der Aufklärung bedarf, da er dem Finanzministerium den Verbleib erheblicher Bestandteile des prinzipalen Vermögens nicht hat nachweisen können, obwohl sich inzwischen herausgestellt hat, daß diese in geheimnisvoller Weise in das Ausland verbracht worden sind. Die Versteigerung des im „Berliner Tageblatt“ und dem „Berliner Tageblatt“ nachstehenden Holzinteressen sympathischen Prinzen wird dadurch ebenfalls offengehalten, daß der „hohe Herr“ kaum jemals einen seiner Anwälte anders als „deutsches Schwein“ oder „deutsches Schmeichelein“ bezeichnet hat, wie ihm alles Deutsche von Grund auf verhaßt, alles Ausländische aber höchst sympathisch war. Die satirische Behandlung von ihm abhängiger Personen wurde im „Vorwärts“ des „Vorwärts“ vom 12. März bereits angedeutet, die Darstellung könnte durch Originalausgaben des Personals beliebig erweitert werden. Gerade diese unglücklichen Vorworte erweisen, daß der Prinz seiner Reizung zu widerstehen vermochte, besonders nicht dem Reiz des Alkohols, mit dem sich der Prinz fast tagtäglich aufs schwerste betraufte. Ferner soll nicht unerwähnt bleiben, daß der verstorbenen Hebamme des Prinzen, Dr. Pöplau, der immerhin aus jahrelanger Praxis ein Urteil haben mußte, zahlreichen Beamten noch über erklärte, daß der Prinz an Duerenanten mahnend und manchen Vorstellungen sei.

Wie die Anwesenheit finanziell behandelt wurden, ergibt sich aus der oben erwähnten feststehenden Tatsache, daß selbst Familien von fünf Köpfen noch im Jahre 1917 mit 150 Mk. Gehalt auskommen mußten. Während die Hunde mit Kolliflets und Sahneschnitzeln und dergleichen bis zum Ueberdruß der Tiere gemästet wurden. Alles dieses hat Herr Dubjanski ruhig gesehen lassen, ohne für die Anwesenheit einzutreten. Zwischen sind die Bezüge der Anwesenheit auf Druck des Finanzministeriums zwar etwas aufgebessert, entsprechen aber noch lange nicht den Mindestbezügen, die in anderen Verwaltungen gezahlt werden. Zur Durchführung der Regelung der Beamtengehälter ist es selbstverständlich notwendig, daß dem Finanzministerium auch diejenigen Geldquellen zur Verfügung stehen, die zur Durchführung notwendig sind. Es liegt daher durchaus im Interesse der notleidenden Beamenschaft, des Staats und der Öffentlichkeit, wenn eine Beschlagnahme aller Einnahmequellen durch das Finanzministerium erfolgt ist.

Die von Herrn Rechtsanwalt Dubjanski bearbeitete Presse sucht die Zeugenaussagen über den Geisteszustand des Prinzen Friedrich Leopold, die mir auszugeweiht wiederzugeben, als unzuverlässig, als belanglosen Hausklatsch usw. hinzustellen. Die Erklärung des Beamtenausschusses zeigt, daß diese Zeugenaussagen nur Tatsachen enthalten, die sämtlichen Beamten bekannt sind und daher noch von zahlreichen weiteren Zeugen erzählt werden können. Von einer „Dreifachung der Presse“ zu reden, wie es die „Tägliche Rundschau“ tut, liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Im Gegenteil: es zeigt sich nur, daß eine gewisse Presse die Öffentlichkeit in dieser Sache systematisch irreführt, indem sie trübseliges abdrückt, was ihr der Rechtsbestand des Prinzen an die Hand gibt. Und in diesem Zusammenhang noch ein Wort an das „Berliner Tageblatt“, das ebenso freundlich wie grandios interne redaktionelle Differenzen wegen dieser Sache bei uns vermutete. Das demokratische Prinzenorgan scheint unsere Redaktion mit seiner eigenen verwechselt zu haben und hätte besser in seiner Situation den Satz beherzigt: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Herr Rechtsanwalt Ernst Feder, der das „Berliner Tageblatt“ auf die einseitige Stellungnahme zugunsten des Prinzen Friedrich Leopold festlegte, wird wissen, wie das gemeint ist.

Verurteilung der Folterknechte.

Breslau, 14. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Kulod-Prozess fällt heute die zweite Strafkammer des Oberlandesgerichts Breslau das Urteil. Der Angeklagte Walter wurde in 10 Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, der Angeklagte Bisco in zehn Jahren wegen schwerer gefährlicher Körperverletzung zu 4 Jahren Gefängnis, der Angeklagte Breitta in 5 Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungsphase wird fünflichen Angeklagten angedreht. In einigen Fällen erfolgte Freispruch.

Außerordentlich bedeutsam ist für die Rechtslage gegenüber den Kulod-Offizieren, die bisher nicht vor Gericht gekommen sind, die Begründung

des Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Müller: Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich durchweg nicht um schwere Körperverletzung nach § 224 des Strafgesetzbuches, sondern nur um gefährliche Körperverletzung im Sinne des § 223a handelt. Die gefährlichen Körperverletzungen werden als solche von der Amnestie nicht ausgenommen. Bei diesem Tatbestand läme das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 nur dann in Frage, wenn man annehmen wollte, daß die Straftaten der Angeklagten im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch gestanden hätten. Das Gericht vertritt die Ansicht, daß die Angeklagten in einem allgemeinen Zusammenhang mit dem Putsch, unter der politischen Erregung

jener Zeit gestanden haben, daß aber in den einzelnen Fällen ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Putsch nicht gegeben gewesen sei und daß bei Anwendung des Amnestiegesetzes ein solcher unmittelbarer Zusammenhang notwendig gewesen wäre. Außerdem hätten die Angeklagten

lediglich aus Rohheit gehandelt.

Aus dem Standpunkt des Gerichts ergibt sich für die zukünftige Aburteilung der Offiziere die Folgerung, daß auch hier eine scharfe Beurteilung erfolgen muß. Eine Reihe von Offizieren ist durch die Zeugenaussagen der Beginnigung der Angeklagten und einer Reihe von noch abzurufenden Straftaten schwer verdächtigt worden, so der Oberleutnant v. Kulod, der nach den Zeugenaussagen im dringenden Verdacht der Erpressung und der Duldung von Mißhandlungen steht, ferner Oberleutnant Metz, der ebenfalls Mißhandlungen geduldet und wahrscheinlich auch dazu aufgereizt hat. Dieser Zeuge ist sich seiner Mißschuld bewußt, und hat deswegen die Aussage im Prozeß teilweise verweigert; auch die Leutnants v. Wörlich und Ulrich sind durch die Zeugenaussagen des Prozesses erneut in den dringenden Verdacht gekommen, zu Mißhandlungen aufgereizt zu haben, und Leutnant Lenort steht in dem dringenden Verdacht der Duldung von Mißhandlungen. Alle diese Straftaten können nach der Auffassung der Breslauer Strafkammer nicht in unmittelbarem und daher für die Anwendung des Amnestiegesetzes ausreichendem Zusammenhang mit dem Putsch gestanden haben. Wenn die Offiziere vielleicht nicht wie die jetzt verurteilten Unteroffiziere lediglich aus Rohheit gehandelt haben, so ist nach allen bisherigen Zeugenaussagen doch anzunehmen, daß ihre Beginnigung von Mißhandlungen bzw. Erpressung Gründe hat, die der Staatsanwalt als Willkür bezeichnet, bzw. als den Wunsch, sich bei der Truppe beliebt zu machen.

Das Gericht ist über die Begründung des Strafantrages durch den Staatsanwalt insoweit hinausgegangen, als der Staatsanwalt in einigen Ausföhrungen den Versuch machte, die Offiziere als unter das Amnestiegesetz fallend zu behandeln. Dieser Versuch wird nach der objektiven Begründung der Strafkammer nicht aufrechterhalten werden können.

Vorabstimmung in Oberschlesien.

Kattowik, 14. März. (M.B.) Die Abstimmung derjenigen Stimmberechtigten, die am 20. März mit Rücksicht auf die politische Abhaltung nicht abstimmen können, ist gestern bereits vollzogen gegangen. Sie wies eine überaus große Beteiligung auf und verlief ohne jeden Zwischenfall.

Der Antransport.

Breslau, 14. März. (M.B.) Die Zentralkasse für die technische Durchführung der Abstimmung teilt mit: Reibungslos, pünktlich und ohne Zwischenfälle vollzieht sich der Transport. — Heute, Montag, 6 Uhr morgens, lief ein Sonderzug in Breslau ein, der die ersten Abstimmungsberechtigten aus Danzig mitbrachte. Sie waren seit Sonnabendmittag unterwegs, hatten eine zwanzigstündige Seefahrt bei prachtvollem Wetter hinter sich und waren über die festliche Fahrt durch Deutschland begeistert. — Die Bahnkontrolle wird lokal gehandhabt. An einem Grenzübergang dauerte die Abfertigung von 920 Personen nur 20 Minuten. Auf den Bahnhöfen werden vielfach Kaffee und warme Suppen verabreicht. — Die Bahnhöfe müssen die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen.

Zahlreiche Abstimmungsberechtigte, die bereits über die erfolgte Eintragung in die Stimmliste benachrichtigt und sogar schon im Besitz der Stimmkarte sind, erhalten jetzt, nachdem die Einspruchsfrist abgelaufen ist, von dem „Interalliierten Bureau“ die Nachricht, daß ihre Eintragung aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgt sein soll. Anscheinend ein großer Anlauf! Jeder in die Liste Eingetragene, insbesondere jeder Abstimmungsberechtigte der Kategorie B, der die Stimmkarte erhalten hat, kann abstimmen. Basse sich also kein Kartenbesitzer abhalten, die Reise nach Oberschlesien anzutreten!

Niedertracht.

Deutschen Abstimmungsberechtigten in Reiche werden aus Frankfurt a. O. d. S. Stettin usw. anonyme Karten mit Photographien schändlich verunstalteter Leichen zugeschiebt. Die Inschrift besagt, daß es sich um Opfer polnischer Mordbuben handle.

Natürlich soll diese Grenzpropaganda den Zweck haben, die Abstimmungsberechtigten in Angst zu versetzen und von der Reise nach Oberschlesien abzuhalten, was auch durch Briefe angestrebt wird.

Woher haben jedoch die anonymen Absender die Adressen deutscher Stimmberechtigter? Wir vermuten, von polnischen Mitgliedern der parlamentarischen Ortsausschüsse, die vielfach selbst nicht wissen, wach feindlichem Beginnen sie Vorwand leisten.

Wirth gegen die Steueraboteure.

Der Steuerauschuß des Reichstages begann am Montag die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. — Von den Sozialdemokraten lagen Anträge vor, welche die in erster Lesung beschlossenen Abzugsvergünstigungen für Erbschaftssteuerbesitz und den einmaligen Verkaufsvergewinn als Spekulationsgewinn versteuert haben wollten. Finanzminister Dr. Wirth: Die Beschlüsse der ersten Lesung sind nicht ganz unbedenklich, da sie Vorwürfe verschiedenster Art auslösen könnten, die den kommenden Steuerprojekten sehr abträglich wären. Es muß verhindert werden, daß einzelne, die starke Produktionsmittel haben, durch hohe Abschreibungen eine starke Steuerentlastung sich schaffen können und gegen andere (bei denen dies nicht zutrifft), in Vorteil kämen. Zumindest muß es dem Ermessen des Reichsfinanzministers überlassen werden, nach einer Ueberausgabe die diesbezüglichen Bestimmungen aufzuheben. Die Beschlüsse von § 13 sollen am Schlusse des Gesetzes als Uebergangsbestimmungen aufgenommen werden. Der zur Mitwirkung bei den Ausführungsbestimmungen vorgelegene Ausschuß soll lediglich Gutachterrechte erhalten.

Die Abg. Dr. Heffertich (Dn.) und ten Hemmel (Z.) geben Mängel an den Bestimmungen der Novelle des § 13 der ersten Lesung zu. Gerechtigkeit erseheint es aber, Rücklagen für Erbschaftssteuer in der beabsichtigten Weise in Absatz bringen zu dürfen. — Finanzminister Dr. Wirth: Sollte man die Rücklagenfrage im Gesetz regeln, müßten auch geeignete Reichsorgane zur Prüfung der Bilanzen usw. geschaffen werden. Ich empfehle nochmals, lediglich eine Ueberausgabebestimmung zu schaffen und die Fristsetzung dem Reichsfinanzministerium zu überlassen.

Abg. Kell (Soz.): Wir stehen dem Bestreben auf Abzug der Rücklagen für Erbschaftssteuer mit großem Mißtrauen gegenüber. Die Kapitalträchtlichen Unternehmer würden genciel sein, durch Entlastung von Vermögenswerten möglichst große Beträge der Steuer zu entziehen. Wenn man an eine Verschönerung der Verbrauchssteuer denkt, darf nicht eine volle Steuerfreiheit der Rücklagen durchgesetzt werden. Im Hinblick auf den Bedarf des Reiches und der Länder muß dieser Plan abgemieden werden. Weiterberatung Dienstag.

Also doch Brotpreiserhöhung?

Beim Etat des Reichsernährungsministeriums erklärte im Hauptauschuß des Reichstages auf Entroas vom Abg. Dr. Herz (N. Soz.) über eine etwa beschlossene Brotpreiserhöhung Reichsernährungsminister Dr. Herwies: Ich halte nach wie vor an meiner Erklärung fest, daß im laufenden Wirtschaftsjahr der Weizenpreis der Reichsernährungsstelle nicht erhöht wird. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß bei der Restierung der Getreideweite die Produktionskosten der Landwirtschaft gedeckt werden müssen. Die Forderung des Reichsfinanzministers nach einem Abbau der Verbil-

lungsoktion für Brotgetreide muß ich als berechtigt anerkennen. Dieser Abbau muß jedoch vorläufig, planvoll und allmählich geschehen, um größere Erschütterungen zu vermeiden. Ob und in welchem Umfang ein solcher Abbau der Verbiltnungsoktion eine Erhöhung des Weizenpreises bedingt, läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Ich betone ausdrücklich, daß im Laufe meiner Amtsführung stets darauf Bedacht gelegt wurde, daß die Belastung der Verbraucher durch die Lebensmittelpreise eine örtliche bleibt. — Abg. Dr. Herz (N. Soz.): Auf Kosten der von Reichs wegen zur Verbiltnung des Weizenpreises hergegebenen 2 Milliarden Mark wird von den Bezugsberechtigten ein unbeschränkter Handel mit Bezugscheinern getrieben. Das führt auch zum Verkauf von Weizen für Brennerzwecke. — Ministerialrat Dr. Müller (Reichsernährungsministerium): Eine dem Reich nachteilige Weizenveräußerung des verbilligten Weizens findet nicht statt. Redner berichtet dann in Erwiderung der Ausführungen des Abg. Dr. Herz über den Stand der Schweinemastverträge, die mit den vom Reich verbilligten Weizenmengen, die der Landwirtschaft zur Förderung der inländischen Getreideausfuhrung zur Verfügung gestellt werden. — Der Hauptauschuß genehmigte dann den Haushaltsplan des Reichsernährungsministeriums, sowie nach kurzer Debatte die Etats für 1921 des Reichsministeriums, des Reichslanzlers, der Reichsfinanz, des Reichsministeriums des Reichs, der Reichsjustiz, des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Haushaltsplan zur Ausführung des Friedensvertrages. — Weiterberatung Dienstag.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstagenrat des Reichstages einigte sich in seiner Montagssitzung dahin, bei der Staatsberatung jeweils nur einen Redner vorzuschicken. Ausgenommen soll der Etat des Innern mit zwei Rednern bei Beschränkung auf eine Redezeit von 80 Minuten sein. Dadurch hofft man, die Staatsberatung noch in dieser Woche abzuschließen. Der Wiederbeginn der Beratungen nach der Osterwoche ist noch nicht festgesetzt. Dem Präsidium liegt ein Antrag vor, nicht vor dem 12. April wieder zu beginnen. Mit Rücksicht auf die Verleihung der Parteiführer wird nach der Osterpause auch eine Neubestimmung der Ausschüsse und des Präsidiums in Aussicht genommen. Ein Vorschlag der Mitglieder der Linken geht dahin, 4 Vizepräsidenten zu wählen, damit den Unabhängigen der Sitzpräsident verbleibt und die Deutsche Volkspartei einen solchen erhält.

Reichstag.

Der Haushalt des Innenministeriums.

(Schluß aus der Besage.)

Abg. Weß (Dem.): Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn der wirtschaftliche Aufbau mit dem geistigen Hand in Hand geht. Man hätte durch reichsweite Zwangsbestimmung die Anstellung der eisa-lothringischen Beamten festlegen müssen. Im Interesse der Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe sind die Ausgaben für die Technische Hochschule notwendig. Die Kosten der Studierenden muß gelindert werden. Die preussischen Ausführungsbestimmungen, ebenso die bayerischen, zum Grundschulgesetz sabotieren das Gesetz geradezu. Der Beginn des Schuljahres in Nord- und Süddeutschland muß vereinheitlicht werden. Die Hochschule muß dem übrigen Schulwesen eingeordnet werden. Ein Kulturbund sollte geschaffen werden, in seiner Stellung ähnlich dem Reichswirtschaftsrat. Das Schulgesetz muß nach der Verfassung tolerant ausgestaltet werden. Die Entzerrung des Religionsunterrichts aus der Volksschule würde den kulturellen Wert erheblich vermindern.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Von einer Milliarde vierhundert Millionen dieses Etats entfallen auf Kulturaufgaben nur 81 Millionen. Der Reichswasserbau gehört zum Marineetat und ist nur zum Zweck der Umgehung des Friedensvertrages durch eine Schiebung in diesen Etat gekommen. (Zuruf: Denunziant!) Der Schöpfer macht aus Abend und Morgen den ersten Tag, ebenso wurde aus Kyo und Sipo plötzlich Uya (Heiterkeit.) Minister Koch arbeitet mit den Mitteln eines Militärattachés. Er ist ein verfeindeter Militärminister und ein offener Belagerungszustandsminister. Im Kaffeler Kommuniprozess fungierte als Staatsanwalt derselbe Kriegsgerichtsrat Meyer, der bei der Untersuchung gegen die Wörder Viehnachts und Rosa Luxemburgs ein abgekartetes Spiel trieb, um die Schuldigen entziehen zu lassen. Wenn ein Mann ins Zuchthaus geht, so ist er es. Eine Technische Hochschule ist höchstens not gegen freilebende Kerle und streitende Hotels, sowie vor allem gegen die Großgrundbesitzer, die seit nunmehr 6 Jahren die Ablieferung der Lebensmittel und

Die Ernährung des deutschen Volkes sabotieren.

(Zuruf rechts: Unverschämtheit! — Vizepräsident Dr. Bell: Diesen Ausdruck muß ich als unparlamentarisch rügen!) Redner polemisiert gegen den Abg. Lebebour. Der Belagerungszustand in Bayern ist gleichzeitig ein Verbrechen gegen das Reich. Von den 7 Abgeordneten der Kommunisten in Bayern sind 4 im Gefängnis. Vorgänge, wie sie sich in Bayern abspielen, sind eine solche Schande, ein solcher Spott, ein solcher Hohn auf alle Kultur, daß der Minister, der im Zusammenhang damit eine Kulturdebatte beschuldigt und dabei lacht, eine Sünde begeht, die alle Kultur schändet. (Vizepräsident Dr. Bell: Eine scharfe sachliche Kritik an der Regierung bleibt Ihnen natürlich unbenommen; derartige Ausdrücke verletzen aber den parlamentarischen Anstand.) Der Zusammenbruch des Parlamentarismus ist nichts anderes als der Niedergang des Systems, das dieses Parlament schuf. (Vizepräsident Dr. Bell ruft den Abg. Dr. Levi zur Ordnung, weil er den Reichsminister des Innern als einen verfeindeten Militärminister und offenen Belagerungszustandsminister bezeichnet hat.)

Abg. Leicht (Bayer. Sp.): Die Bayerische Volkspartei hat immer die Reichssteuer Bayerns betont.

Abg. Myers (Deutschbann.) protestiert gegen die Verhaftung des Abg. Calchauer. Wo bleibt das Ausführungsgesetz zu dem Artikel der Reichsverfassung über die Selbständigkeit der Provinzen?

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.) begründet einen Antrag des Ausschusses über Verbiltnung der Verwaltung.

Abg. Mumm (Dnat.) begründet eine Entschlebung, monoch die Reichsregierung auf Grund von Artikel 146 der Reichsverfassung auf Hamburg und Sachsen dahin einwirken soll, daß nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht im Falle, daß die Erziehungsberechtigten die Teilnahme nicht wünschen, erforderlich sei. Die Ostjuden müssen ausgenommen werden.

Abg. Frau Pfäff (Soz.):

Der Reichsminister des Innern sollte seine Grundfälle über die Entlohnung der Einwohnerwehren, die er in Bayern ausgeprochen hat, auch Bayern gegenüber anwenden. Mit der passiven Resistenz der Länder muß gebrochen werden und die Verfassung muß im Geiste aller Staatsbürger lebendig werden. Wir vermüssen im Ministerium des Innern eine großzügige Kulturpolitik; man lebt kulturpolitisch ebenso wie wirtschaftlich von der Hand in den Mund. Die Fertigstellung des Jugendwohlfahrtsgesetzes begrüßen wir aufs wärmste. Unsere Jugend muß erzogen werden, nicht nach französischem Muster in dem Gebanke der Revanche. In des Interesse der Regierung und des Hauses für eine großzügige Sozialpolitik kann ich erst dann glauben, wenn man von Versicherungen zu Taten übergeht. (Seifst bei den Sozialdemokraten.)

Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Haushaltsplan 1921, Rest von heute. Schluß nach 9 Uhr.

